



Antrag

der Abgeordneten **Inge Aures, Klaus Adelt, Florian Ritter, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Stefan Schuster, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Florian von Brunn, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Margit Wild SPD**

Schulbusverkehr: Einnahmeausfälle ersetzen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den bayerischen Busunternehmen wegen der Schulschließungen 2021 entstandene Einnahmeausfälle aus dem Corona-Sonderfonds zu ersetzen.

Begründung:

Die Staatsregierung hat den Präsenzunterricht an Bayerns Schulen – wie bereits im ersten Lockdown – kurz vor Weihnachten 2020 eingestellt. Die Busunternehmen, die den Schülerverkehr durchführen, erhalten für diese Zeit überwiegend kein Geld, da sie keine Leistung erbringen dürfen. Die Kommunen wären zwar berechtigt, auch für das Vorhalten der Busse zumindest teilweise zu bezahlen, tun dies jedoch aus finanziellen Gründen und wegen befürchteter Rückforderungen überwiegend nicht. Der Verband der Omnibusunternehmen beklagt diese plötzlichen Einnahmeverluste zu Recht und weist auf die erheblichen Probleme der Branche hin.

Auch die Ankündigung des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr vom 26.02.2021, Abschlagszahlungen für Verkehrsunternehmen vorzuziehen, ändert hieran nichts, da auch diese Zahlungen nur für erbrachte bzw. zu erbringende Leistung und nicht für das reine Vorhalten der Leistung während der Schulschließungen erfolgen.

Aber nicht nur die Omnibusunternehmen sind Leidtragende der rigorosen Sparpolitik, sondern auch viele Familien mit Kindern, die auf eine Notbetreuung angewiesen sind, die aber wegen des eingestellten Busverkehrs nun nicht mehr wissen, wie sie ihre Kinder in die Betreuung bringen und von dort wieder holen können. Nicht alle haben ein eigenes Auto oder können sich alternativ zum Bus ein Taxi leisten. Gerade in ländlichen Regionen, die kein dicht getaktetes ÖPNV-Netz aufweisen, ist das ein großes Problem für die Menschen, insbesondere auch, weil die Staatsregierung viele wohnortnahe Schulen in den letzten Jahren geschlossen hat. Eine vernünftige Aufrechterhaltung des ÖPNV und des Schulbus-/Notbetriebsverkehrs stellt eine elementare soziale Frage in diesen Zeiten dar.

Bereits im ersten Lockdown 2020 hatten die Busunternehmen mit erheblichen Ausfällen zu kämpfen. Daher wurde im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen am 07.10.2020 diesbezüglich schon erwogen, die entstandenen Schäden auszugleichen. Durch den erneuten, längeren Lockdown 2020/2021 wurde die Not der Busunternehmen nun noch größer, sodass erst recht Handlungsbedarf besteht, insbesondere wenn die Schulbusinfrastruktur künftig aufrechterhalten werden soll.